

Der lange Schatten der Stasi-Überwachung¹

Andreas Lichter, Max Löffler und Sebastian Sieglösch*

Die Forschungsfrage

Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt heutzutage in autoritären Staaten [THE ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2014)]. Diese Staaten zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass sie versuchen, große Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zu überwachen, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu behalten. Dafür setzen Regime auf groß angelegte Überwachungsnetzwerke [siehe z. B. DENG und O'BRIEN (2013), BRANIGAN (2010)]. Ziel der Überwachung ist dabei oft nicht nur die Generierung von Informationen über potenzielle Dissidenten zur Stärkung und Manifestierung des Regimes, sondern auch die systematische Schwächung zwischenmenschlichen Vertrauens innerhalb der Gesellschaft [ARENDE (1951)].

Eine Vielzahl wissenschaftlicher Forschungsarbeiten deutet an, dass dieser Verlust an Vertrauen und sozialer Bindung signifikante ökonomische Kosten nach sich ziehen könnte. Ein Mindestmaß an Vertrauen in Mitmenschen und den Staat ist Voraussetzung für Kooperation und den offenen Austausch von Ideen [ARROW (1972), PUTNAM (1995)] und somit ökonomischen Fortschritt [LA PORTA et al. (1999)]. Ein empirischer Beleg der tatsächlichen Kosten staatlicher Überwachung durch eine mögliche Reduzierung des gesellschaftlichen Sozialkapitals sowie der ökonomischen Aktivität steht bisher jedoch aus. In unserer aktuellen Forschungsarbeit, deren wichtigste Erkenntnis hier zusammengefasst werden, untersuchen wir erstmalig die langfristigen Auswirkungen staatlicher Überwachung auf das Vertrauen in Mitmenschen, soziale Bindungen und die ökonomische Entwicklung am Beispiel des staatlichen Überwachungssystems in der DDR durch das MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT [siehe LICHTER et al. (2016)].

Die Staatssicherheit (Stasi) unterhielt in den Jahren ihrer Existenz von 1950 bis 1989 ein engmaschiges Netzwerk inoffizieller Mitarbeiter (IM), welches ein umfassendes Bild gesellschaftlicher und vor allem oppositioneller Aktivitäten zeichnen und gleichzeitig einen disziplinierenden Effekt auf die Bevölkerung ausüben sollte. Dieses Netzwerk war für das Regime das grundlegende Instrument zum Machterhalt [MÜLLER-ENBERGS (1996), S. 305] und umfasste Ende der 1980er Jahre rund ein Prozent der Gesamtbevölkerung der DDR. In unserer aktuellen Studie nutzen wir die offiziellen Angaben der Behörde des BUNDESBEAUFTRAGTEN FÜR DIE STASI-UNTERLAGEN (BSStU)

zur Anzahl inoffizieller Mitarbeiter in den einzelnen Kreisen der DDR sowie Informationen zum Sozialkapital und der wirtschaftlichen Entwicklung in den zwei Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung, um die sozialen und wirtschaftlichen Kosten staatlicher Überwachung zu quantifizieren.

Unser zentrales Maß ist dabei die Überwachungs-dichte eines DDR-Kreises, definiert als die Zahl inoffizieller Mitarbeiter pro Einwohner in einem Kreis. Regionale Variation in dieser „IM-Dichte“ zwischen den Kreisen erlaubt uns dabei die Identifikation sozialer und ökonomischer Kosten der Bespitzelung. Es ist anzunehmen, dass beobachtbare Unterschiede in der Überwachungsintensität nicht zufällig auftraten, sondern etwa eine Reaktion auf eine regional unterschiedlich starke Opposition waren. In diesem Fall würde unsere Analyse lediglich eine Korrelation einfangen, nicht jedoch einen kausalen Effekt der Überwachung messen. In unserem Forschungsprojekt begegnen wir diesem Problem mit zwei unterschiedlichen Identifikationsstrategien. Zum einen nutzen wir die administrative Struktur des Überwachungsapparates der DDR: Bezirksdienststellen in den 15 Bezirken der DDR verantworteten die ihnen unterstellten Kreisdienststellen und bestimmten so in signifikantem Maße die Überwachungs-dichte auf Kreisebene. Allein 25 % der Variation in der Überwachungsintensität lassen sich in unseren Daten durch unterschiedliche Strategien auf Bezirksebene erklären. Diese dezentrale Struktur stand somit im deutlichen Gegensatz zum zentralistisch ausgerichteten Staatsaufbau und erlaubt uns die Identifikation der Effekte mittels eines räumlichen Regressions-Diskontinuitäten-Ansatzes entlang der Bezirksgrenzen. Die zugrunde liegende Annahme dieses Ansatzes ist dabei, dass Überwachungsintensitäten in den Kreisen entlang der Bezirksgrenzen nicht aufgrund von beobachtbaren oder nicht-beobachtbaren Charakteristika variierten, sondern lediglich aufgrund unterschiedlicher Überwachungsstrategien auf Bezirksebene. Vereinfacht dargestellt, vergleichen wir somit zwei Kreise an einer Bezirksgrenze, die bezüglich all ihrer Eigenschaften identisch sind und sich nur in der Überwachungs-dichte unterscheiden, weil

* Dr. Andreas Lichter ist Research Associate am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Max Löffler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Prof. Dr. Sebastian Sieglösch ist Juniorprofessor für empirische Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktökonomik an der Universität Mannheim.

Kreis A in einem Bezirk liegt, der verstärkt auf den Einsatz von IM setzte, und Kreis B nicht. Unser ökonomisches Modell setzt die Unterschiede in der IM-Dichte innerhalb dieses Kreis-Paares in Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren heute. Der zweite Identifikationsansatz in diesem Forschungsprojekt basiert auf einem eigens konstruierten Längsschnittdatensatz, der wirtschaftliche Kennzahlen ostdeutscher Verwaltungseinheiten vor (in den 1920er und 1930er Jahren) und nach (1990–2009) der Existenz der DDR zusammenbringt. Auf Grundlage dieses Datensatzes können wir unterschiedliche Entwicklungspfade von Kreisen nach der Wiedervereinigung in Abhängigkeit der Überwachungsichte analysieren, und gleichzeitig für konstante, unbeobachtete kreisspezifische Einflussfaktoren kontrollieren. Darüber hinaus können wir anhand der Daten aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg überprüfen, ob die IM-Dichte zum Beispiel in Regionen hoch war, die traditionell kapitalistischer eingestellt waren. In diesem Fall wäre eine kausale Interpretation unserer Ergebnisse auf Grund simultaner Kausalität nicht zulässig.

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen, dass die staatliche Überwachung und Repression durch die Staatssicherheit der DDR langfristige negative Effekte auf das gesellschaftliche Sozialkapital und die generelle ökonomische Entwicklung hatten. Konkret zeigen wir in unserem Forschungspapier, dass eine höhere Überwachungsintensität in ostdeutschen Kreisen zu geringerem Vertrauen gegenüber Fremden, einer geringen Anzahl an engen Freunden und reduziertem sozialen Engagement führte. Alle Maße deuten folglich darauf hin, dass Überwachung durch die Staatssicherheit einen Rückzug aus der Gesellschaft und eine Erosion des Sozialkapitals hervorgerufen hat. Einhergehend mit dem beobachteten Rückzug aus dem öffentlichen Leben, zeigen unsere Ergebnisse negative und langfristige Effekte staatlicher Überwachung auf das wirtschaftliche Wohlergehen. So sind in Kreisen mit höherer Überwachungsintensität auch Jahre nach der Wiedervereinigung Arbeitseinkommen sowie Selbstständigengraten geringer und Arbeitslosenquoten höher. Gleichzeitig erscheint die Überwachung durch die Stasi als ein wichtiger Treiber der massiven Ost-West-Wanderung in den frühen 1990er und 2000er Jahren.

Wir argumentieren, dass die konkreten Ergebnisse dieses Forschungsprojektes am Beispiel der DDR-Staatssicherheit wichtige Erkenntnisse für die Evaluierung der Auswirkungen und Kosten der Überwachung in anderen autoritären Staaten liefern. Auch heute noch spielen ungeachtet technologischer Entwicklungen Informanten in vielen Regimen eine wichtige Rolle. Unsere Ergebnisse unterstreichen des Weiteren die Relevanz sozialen Kapitals für die wirtschaftliche Entwicklung und bieten eine weitere Erklärung für die langsame und

schwierige Transformation osteuropäischer Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs [SHLEIFER (1997), UHLIG (2006)].

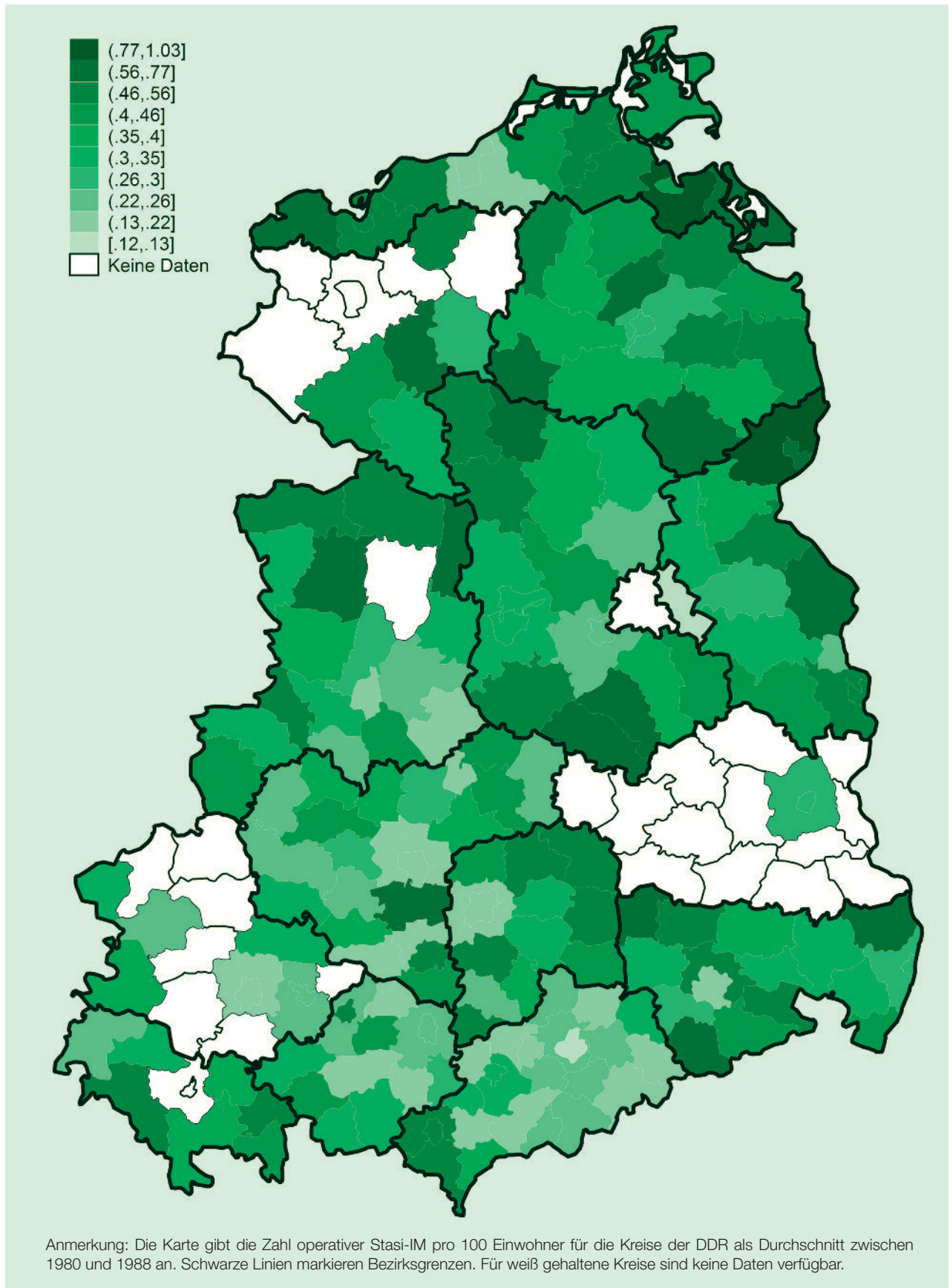
Überwachung durch die Staatssicherheit

Die unterschiedlichen Vorstellungen der alliierten Streitkräfte zur ökonomischen und politischen Entwicklung Deutschlands führten kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges zur innerdeutschen Teilung. Im Jahr 1949 gründete sich die Deutsche Demokratische Republik (DDR) auf dem sowjetisch-besetzten Territorium Deutschlands. Die DDR war ein Ein-Parteien-Staat im Geiste des real existierenden Sozialismus. Während der vierzigjährigen Existenz der DDR sicherte das Regime seine Macht durch ein engmaschiges und umfassendes Überwachungssystem.

Im Februar 1950, nur wenige Monate nach der Gründung der DDR, wurde das MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT geschaffen. Offiziell als Organ zur Abwehr feindlicher Agenten und Saboteure gegründet, entwickelte sich die Stasi schnell zu einem mächtigen und allgegenwärtigen Überwachungsapparat [GIESEKE (2014), S. 50ff.]. Herzstück war ein umfassendes Netzwerk inoffizieller Mitarbeiter, mit deren Hilfe die Stasi ein detailliertes Bild oppositioneller Aktivitäten in der Gesellschaft zeichnen und gleichzeitig einen disziplinierenden und einschüchternden Effekt auf die Bevölkerung ausüben wollte. Im Gegensatz zum zentralistisch aufgebauten Staatsapparat war die Stasi dezentral organisiert: Die Bezirksdienststellen in den 15 Bezirkshauptstädten waren für die eigenständige Sicherung ihres Territoriums zuständig [vgl. bspw. BRUCE (2010), S. 111 oder GIESEKE (2014), S. 82]. Ihnen unterstellt waren die über 200 Kreisdienststellen. Dieser Aufbau führte dazu, dass sowohl Überwachungsstrategien als auch Überwachungsintensitäten zwischen den einzelnen Bezirken recht unterschiedlich ausfielen.

Basierend auf offiziellen Daten der Stasi-Unterlagenbehörde zeigt Abbildung 1 die deutliche Variation in der Überwachungsintensität innerhalb der DDR. Die Anzahl operativer IM pro Einwohner auf Kreisebene schwankte in den 1980er Jahren zwischen 0,12 % und 1,03 %. Der Mittelwert lag bei circa 3,8 IM pro 1.000 Einwohner, die Standardabweichung betrug 1,4.² Historische Quellen legen nahe, dass die (unterschiedliche) Präsenz inoffizieller Mitarbeiter – sei es bewusst oder unbewusst – tatsächlich wahrgenommen wurde. BRUCE (2010, S. 148) konstatiert bspw., dass weite Teile der Bevölkerung in ihrem Leben Erfahrungen mit der Stasi machten und diese häufig reale Auswirkungen hatten; sei es, beispielsweise, die Hinderung am Studium, den Arbeitsplatzverlust oder gar in Form von physischer Gewalt oder Freiheitsentzug.

Abbildung 1: Inoffizielle Mitarbeiter je 100 Einwohner



Quelle: Lichter et al. (2016, S. 9).

Unterschiede in der Überwachungsintensität

Historische Forschungsarbeiten konnten bisher nur wenige Erklärungsfaktoren für die regionalen Unterschiede in der Überwachungsintensität durch die Stasi identifizieren. Vor diesem Hintergrund liefert unser Forschungsprojekt in einem ersten Schritt eine systematische Analyse möglicher Determinanten der beobachtbaren Unterschiede in der Überwachungsintensität. Dafür regressieren wir die Überwachungsintensität – d. h. die Anzahl an IM in der Bevölkerung – in einem Kreis auf eine Vielzahl potenziell erklärender Variablen. Diese umfassen u. a. die Größe und demographische Struktur eines Kreises, die Stärke des Aufstands am 17. Juni 1953, die Wirtschaftsstruktur, politische und gesellschaftliche Unterschiede aus der Zeit der Weimarer Republik sowie Indikatoren für die 15 DDR-Bezirke. Ziel dieser deskriptiven Voranalyse ist es, ein regionales Muster von statistischen Zusammenhängen zwischen der Überwachungsichte und politischen sowie ökonomischen Faktoren aufzuzeigen. Eine kausale Interpretation der Ergebnisse dieser Voranalyse ist nicht zulässig.

Die Ergebnisse dieser beschreibenden Analyse verdeutlichen, dass wenige beobachtbare Faktoren die Unterschiede in der Überwachungsichte innerhalb der DDR erklären können. Zwar nimmt die IM-Dichte mit der Bevölkerungsgröße signifikant ab, was auf die Präsenz von Skaleneffekten hindeutet. Darüber hinaus haben jedoch nur wenige Charakteristika einen signifikanten Erklärungswert. Regionale Unterschiede in der Intensität des großen Volksaufstandes um den 17. Juni 1953, der in den nachfolgenden Jahren zu einer massiven Ausweitung des Aufgabengebietes und der Machtbefugnisse der Stasi führte, erklären nur einen sehr geringen Teil der regionalen Unterschiede. Auch politische oder wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen haben nur einen marginalen Anteil an der beobachtbaren Variation. Die Analyse verdeutlicht vielmehr die zentrale Bedeutung der übergeordneten Stasi-Bezirksdienststellen. Einhergehend mit der oben beschriebenen dezentralen Ausrichtung der Stasi, in der jede Bezirksdienststelle die Sicherheit ihres Bezirks sicherstellen musste, erklären unterschiedliche Überwachungsstrategien in den 15 Bezirken etwa ein Viertel der beobachtbaren regionalen Variation in der Überwachungsintensität.

Identifikation der Effekte staatlicher Überwachung

In einem zweiten Schritt widmet sich unsere Forschungsarbeit der kausalen Hauptanalyse. Zur Identifikation des kausalen Effektes staatlicher Überwachung auf das Sozialkapital und die wirtschaftliche Entwicklung

greifen wir auf zwei unterschiedliche empirische Strategien zurück. Detailliertere Beschreibungen beider Identifikationsstrategien geben wir in LICHTER et al. (2016).

Die erste Identifikationsstrategie nutzt die exponierte Stellung der Bezirksdienststellen in der institutionellen Struktur der Stasi. Die deskriptive Voranalyse bestätigt die Relevanz der Bezirksebene und lässt auf unterschiedliche Überwachungsstrategien zwischen den einzelnen Bezirken schließen. Wir nutzen dieses institutionelle Arrangement zur Identifikation und vergleichen in unserer empirischen Analyse stets zwei benachbarte Kreise, die durch eine Bezirksgrenze getrennt sind. Wir fokussieren uns in der Analyse folglich auf rund 60 Kreispaare und identifizieren den Effekt der Überwachung ausschließlich *innerhalb* eines Kreispaares. Unsere Resultate erhalten eine kausale Interpretation unter der Bedingung, dass sich die Kreise innerhalb eines Kreispaares nur in der (durch die Bezirke induzierten) Überwachungsichte unterscheiden, nicht aber in anderen beobachtbaren oder unbeobachtbaren Aspekten. In unserem Forschungspapier testen wir diese Annahme ausführlich und kommen zu dem Schluss, dass die Annahme für eine kausale Interpretation erfüllt ist.

Der zweite Ansatz basiert auf einem Längsschnittvergleich der DDR-Kreise über die Zeit. Zu diesem Zweck kombinieren und harmonisieren wir regionale Wirtschaftsindikatoren (bspw. in Hinblick auf Arbeitslosigkeit oder Selbstständigkeit) aus der Zeit der Weimarer Republik mit Daten nach der Wiedervereinigung. Auf die gleiche Art kombinieren und harmonisieren wir auch Bevölkerungszahlen vor und nach der Wende (1985–2009). Dieser Ansatz erlaubt es uns, Entwicklungspfade wirtschaftlicher Indikatoren über die Zeit in Abhängigkeit der Stärke staatlicher Überwachung zu vergleichen und gleichzeitig (mittels eines Fixed-Effects-Schätzers) jegliche persistenten Unterschiede zwischen Kreisen herauszurechnen.

Ergebnisse unserer Forschungsarbeit

Effekte auf Vertrauen und soziale Beziehungen

Wir messen zwischenmenschliches Vertrauen, soziale Bindungen oder soziales Engagement mittels der Daten des SOZIO-OEKONOMISCHEN PANELS (SOEP) über den Zeitraum von zwei Jahrzehnten (1990–2010). Anhand von Regionalinformationen zum Wohnort der Befragten im Jahr 1989 für eine Teilgruppe des Panels können wir die jeweilige Stasi-Überwachungsintensität aus den 1980ern zuordnen. Die empirischen Ergebnisse des oben eingeführten Regressions-Diskontinuitäten-Ansatzes zeigen dabei klare langfristige, negative Konsequenzen staatlicher Überwachung auf das Sozialverhalten.

Tabelle 1 stellt einen Auszug der Ergebnisse der Forschungsarbeit dar. Zunächst zeigt die Tabelle, dass Personen, die einer stärkeren staatlichen Überwachung ausgesetzt waren, signifikant seltener Menschen vertrauen, die sie nicht kennen. Ähnliche Ergebnisse finden sich in Hinblick auf das Sozialverhalten der Studienteilnehmer. Einwohner in Kreisen mit ehemals hoher IM-Dichte haben weniger enge Freunde als Studienteilnehmer, die einer geringen Stasi-Überwachung ausgesetzt waren. Gemäß unserer Ergebnisse reduziert eine Steigerung der Überwachungsintensität in Höhe einer Standardabweichung die Anzahl enger Freunde um 0,4. Dies entspricht einer etwa zehn prozentigen Reduktion im Vergleich zum Durchschnitt (Panel B, Spalte 4). Auch soziales Engagement scheint durch staatliche Überwachung reduziert zu werden. Befragte, die zu DDR-Zeiten in Kreisen mit höherer Überwachungsintensität gelebt haben, scheinen sich stärker ins Privatleben zurückzuziehen. Sie führen seltener ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten aus und beteiligen sich seltener in Bürgerinitiativen, Parteien oder in der Kommunalpolitik.

Effekte auf ökonomische Performance

Angesichts dieser stark negativen Effekte der Stasi-Überwachung auf zwischenmenschliches Vertrauen und soziale Bindungen auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung liegt es nahe, dass die Überwachungsmethoden der Stasi auch negative ökonomische Auswirkungen haben. In unserer Forschungsarbeit untersuchen wir diese These mit Blick auf vier zentrale ökonomische Maße: Arbeitseinkommen, Arbeitslosigkeit, Unternehmertum sowie

die Bevölkerungsentwicklung. Wie erwartet zeigen sich auch negative wirtschaftliche Konsequenzen der Überwachung. Bis Mitte der 2000er Jahre blieben die Arbeitseinkommen in Kreisen mit höherer IM-Zahl pro Kopf deutlich hinter denen in Kreisen mit niedrigerer Überwachungsintensität zurück. Eine um eine Standardabweichung stärkere staatliche Überwachung während der DDR, führte demnach zu einem um etwa sechs Prozent geringeren Arbeitseinkommen in den ersten Jahren nach der Wende. Erst seit Mitte der 2000er Jahre kann ein leichter Aufholprozess beobachtet werden [siehe LICHTER et al. (2016)].

Auf Grundlage der Längsschnittdaten und dem darauf aufbauenden zweiten Identifikationsansatz zeigt sich weiterhin, dass eine stärkere staatliche Überwachung zu einer niedrigeren Anzahl Selbstständiger führte und die Arbeitslosigkeit erhöhte. Ausführliche Ergebnisse finden sich in LICHTER et al. (2016, S. 22–24).

Ein alternatives und ebenfalls umfassendes Maß der wirtschaftlichen Entwicklung eines Kreises ist das Bevölkerungswachstum. Prosperierende Kreise ziehen neue Einwohner an, während wirtschaftlicher Niedergang zu verstärkter Abwanderung führt. Wir nutzen daher Bevölkerungszahlen der DDR-Kreise für die Zeit von 1985 bis 2009, um den Einfluss staatlicher Überwachung auf die Bevölkerungsbewegungen zu untersuchen. Panel A der Abbildung 2 zeigt zunächst die durchschnittliche Bevölkerungsentwicklung der DDR-Kreise über diesen Zeitraum hinweg. Unmittelbar mit Öffnung der Grenze setzte eine erste große Abwanderungswelle ein, die bis Mitte der 1990er Jahre zu einem durchschnittlichen Bevölkerungsverlust von etwa sieben Prozent führte. Nach einem kurzzeitigen Abflauen setzt sich dieser Trend seit

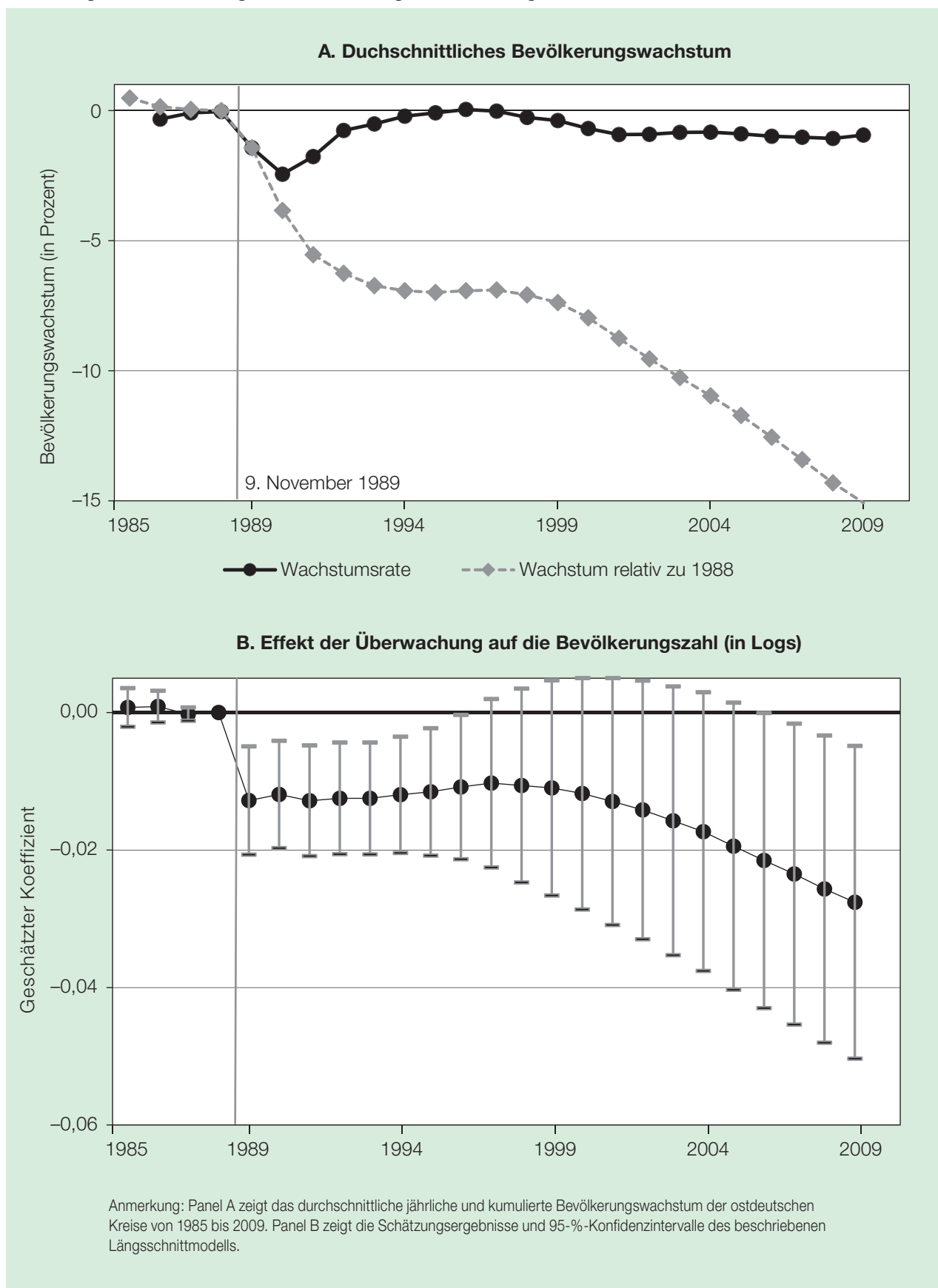
Tabelle 1: Folgen der Überwachung für Vertrauen und soziale Bindungen

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Maße für Sozialkapital:	Vertrauen in Fremde		Zahl enger Freunde		Kommunalpolitik	
Überwachungsintensität	-0,041**	-0,061***	-0,461***	-0,428***	-0,004	-0,041**
	(0,018)	(0,018)	(0,156)	(0,146)	(0,019)	(0,017)
Angepasstes R2	0,061	0,115	0,074	0,138	0,02	0,137
Beobachtungen	3.389	3.389	3.248	3.248	3.549	3.549
Individuelle Kontrollvariablen	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
Kreis-Kontrollvariablen	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja

Die Tabelle zeigt die Schätzergebnisse für den Bezirksgrenzen-Identifikationsansatz auf Basis von Befragungsdaten aus dem Sozio-oekonomischen Panel. Die Koeffizienten geben den Effekt für einen Anstieg der Überwachungsintensität um eine Standardabweichung an. Standardfehler in Klammern (* p < 0.1, ** p < 0.05, *** p < 0.01).

Quelle: Lichter et al. (2016, S. 19).

Abbildung 2: Überwachung und Bevölkerungsabwanderung



Quelle: Lichter et al. (2016, S. 25).

der Jahrtausendwende fort. Im Jahr 2009 wohnten circa 15 Prozent weniger Menschen in Ostdeutschland als noch im Jahr 1988.

Während Panel A die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern darstellt, dokumentiert Panel B der Abbildung 2, inwieweit der starke Bevölkerungsrückgang auf Stasi-Aktivitäten zurückzuführen ist. Interessanterweise wird im Zeitablauf ein ähnliches Muster wie in Panel A deutlich. Die Ergebnisse legen nahe, dass der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland auch durch den Überwachungsstaat getrieben ist. Bevölkerungszahlen in Gebieten mit höherer Überwachungsintensität sanken nach dem Fall der Mauer deutlich stärker als in Kreisen mit geringerer staatlicher Überwachung – jeweils im Vergleich zum Bevölkerungsstand 1988. Die Staatssicherheit ist ein relevanter und unmittelbarer Treiber der Abwanderung ostdeutscher Bürger in den Westen, insbesondere unmittelbar nach dem Mauerfall. Die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit legen beispielsweise nahe, dass eine um eine Standardabweichung höhere Überwachungsichte die Bevölkerung im Jahr 1989 um 1,2% reduzierte. Darüber hinaus zeigt die Abbildung, dass das Ausmaß der Überwachung durch die Stasi vor der Wende keine Auswirkungen auf die beobachteten Bevölkerungsänderungen hatte.

Fazit

Die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit liefern Evidenz für negative und langanhaltende Folgen staatlicher Überwachung. Wir zeigen, dass staatliche Überwachung zwischenmenschliches Vertrauen, soziale Beziehungen und soziales Engagement nachhaltig schädigt. Mit diesem Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben geht ein ökonomischer Schaden einher, den wir ebenfalls statistisch nachweisen können. Bis Mitte der 2000er Jahre blieben bspw. beobachtbare Arbeitseinkommen in Kreisen mit höherer IM-Zahl pro Kopf deutlich hinter denen in Kreisen mit niedrigerer Überwachungsintensität zurück. Die Überwachung und Repression der Stasi in der DDR erscheint zudem als einer der Hauptfaktoren für den enormen Bevölkerungsverlust in vielen ostdeutschen Kreisen nach der Wiedervereinigung.

Auf Grundlage der Ergebnisse unserer Forschungsstudie lassen sich allgemeine Implikationen zu den Kosten staatlicher Überwachung ableiten, die über die Fallstudie der DDR hinausgehen. Auch heutzutage nutzen viele autoritäre Staaten Überwachungsinstrumente und Informanten, um ihre Bevölkerung zu kontrollieren. Es kann daher erwartet werden, dass auch in diesen Regimen staatliche Überwachung negative Auswirkungen auf das Sozialkapital und die wirtschaftliche Entwicklung

hat. Darüber hinaus wenden auch demokratische Länder Methoden der Massenüberwachung an, beispielsweise zur Terrorismusabwehr. Die Ergebnisse unserer Studie zeigen auf, dass indirekte ökonomische und gesellschaftliche Kosten bei der Beurteilung möglicher Überwachungsprogramme beachtet werden sollten.

Literatur

- ARENDR, H. (1951): *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harcourt, Brace; Company.
- ARROW, K. J. (1972): *Gifts and Exchanges*. *Philosophy & Public Affairs* 1 (4), S. 343–362.
- BRANIGAN, T. (2010): Chinese police chief boasts of recruiting one in 33 residents as informants, *The Guardian*, February 10, 2010. <https://www.theguardian.com/world/2010/feb/10/china-police-informants-surveillance>.
- BRUCE, G. (2010): *The Firm – The Inside Story of the Stasi*. New York: Oxford University Press.
- DENG, Y. und K. J. O'BRIEN (2013) *Relational Repression in China: Using Social Ties to Demobilize Protesters*. *The China Quarterly* 215, S. 1–20.
- GIESEKE, J. (2014): *The History of the Stasi: East Germany's Secret Police, 1945–1990*. New York, Oxford: Berghahn Books.
- LA PORTA, R.; LOPEZ-DE-SILANE, F.; SHLEIFER, A. und R. W. VISHNY (1999): *The Quality of Government*, *The Journal of Law, Economics and Organization* 15, S. 222–279.
- LICHTER, A.; LÖFFLER, M. und S. SIEGLOCH (2016): *The Long-Term Costs of Government Surveillance: Insights from Stasi Spying in East Germany*. CESifo Working Paper 6042 (august).
- MÜLLER-ENBERGS, H. (1996): *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen*. Berlin, Chr. Links Verlag.
- PUTNAM, R. D. (1995): *Bowling Alone: America's Declining Social Capital*. *Journal of Democracy* 6 (1), S. 65–78.
- SHLEIFER, A. (1997): *Government in Transition*. *European Economic Review* 41, S. 385–410.
- THE ECONOMIST INTELLIGENCE UNIT (2014): *Democracy Index*, www.eui.com.
- UHLIG, H. (2006): *Regional Labor Markets, Network Externalities and Migration: The Case of German Reunification*. *American Economic Review: Papers and Proceedings* 96 (2), S. 383–387.

¹ Dieser Artikel ist eine gekürzte deutsche Übersetzung unseres Forschungspapiers "The Long-Term Costs of Government Surveillance: Insights from Stasi Spying in East Germany" [vgl. LICHTER et al. (2016)].

² Diese Zahlen beziehen sich auf die Anzahl an operativ-tätigen IM. Die Gesamtzahl aller inoffiziellen Mitarbeiter lag bei durchschnittlich 1.0%. Siehe LICHTER et al. (2016) für weitere Details.